



Der Bund
3001 Bern
031/ 385 11 11
www.derbund.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 44'411
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 541.003
Abo-Nr.: 1008268
Seite: 7
Fläche: 24'536 mm²

Wer in Krisen essen will, soll die Böden schonen

Fabian Renz

Für «Ernährungssicherheit» müsse der Staat intensiv produzierende Bauern fördern - so die konservative Ansicht. Eine neue Studie legt das Gegenteil nahe.

Heute Freitag ruft der Schweizer Bauernverband zur grossen Kundgebung auf dem Bundesplatz in Bern. Den Anlass liefern die Sparpläne des Bundesrates: Die Regierung breche ihre Versprechen, indem sie den Zahlungsrahmen für die Landwirtschaft in den Jahren 2018 bis 2021 um 800 Millionen Franken kürzen wolle. Begleitend im Fortissimo lieferte gestern der «Blick»: Die Zeitung beschreibt die Situation der Bauern als so verzweifelt, dass sich in deren Reihen die Suizide häuften.

Die Anliegen des Bauernverbands und seiner Verbündeten kreisen stets um denselben Kern: Ihnen missfällt, dass die Agrarpolitik den Landwirten verstärkt ökologische Leistungen abverlangt. Sie wünschen, dass der Staat die Umweltauflagen zurückfährt und wieder vermehrt die Esswarenproduktion subventioniert. Auch ihre Volksinitiative «Für Ernährungssicherheit» zielt in diese Richtung: Sie verlangt, die «Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln aus (...) einheimischer Produktion» zu stärken - und eine «angemessene Investitionssicherheit» zu gewährleisten.

Doch beugt man Hungerkrisen wirklich am besten vor, indem man viel Getreide anbauen und Mastvieh züchten lässt? Eine neue Studie des ökoaffinen Verbands «Vision Landwirtschaft» kommt zum umgekehrten Schluss: Um die Versorgung in Krisen sicherzustellen, sei es klüger, in normalen Zeiten die Produktion zu drosseln und mehr Essen zu importieren.

Weniger Fleisch, mehr Getreide

Die magische Zahl dabei lautet: 250 000. Sie beziffert die Ackerland-Hektaren, die

in den Berechnungen der Autoren als Notreserve fungieren. Laut der Studie genügt es, wenn heute, bei 8,2 Millionen Einwohnern, auf 150 000 Hektaren Brotgetreide, Kartoffeln, Raps und Gemüse produziert wird. Es verblieben 250 000 Hektaren Reservefläche, die «entscheidend für die Produktion in Krisen» seien. Im Szenario der Autoren würde in einer Notlage, in der weder Essen noch Tierfutter importiert werden kann, sofort der Fleischverzehr gedrosselt: Die Tierbestände müssten um 25 Prozent sinken. Dafür wüchse die Fläche für Brotgetreide um mehr als das Doppelte, für Kartoffeln gäbe es eine Verdreifung.

Die Studie geht weiter davon aus, dass Produktion und Verarbeitung bei den Ackerkulturen innerhalb eines Jahres verdoppelt werden könnten - laut den Autoren sogar eine «eher vorsichtige» Annahme. Ergo müsse in normalen Zeiten die Hälfte des Krisenbedarfs angebaut werden. Die Anpassungsbereitschaft sei entscheidend, nicht ein möglichst hoher Ausstoss an produzierter

Ware. Etwas Verzicht würde diese Strategie dem Volk freilich abverlangen: Nötig wäre, dass wir 55 Prozent weniger inländisches Fleisch und 22 Prozent weniger Schweizer Milchprodukte konsumierten. So könnte die Fläche für Brot (plus 10 Prozent) und Futtergetreide (plus 20 Prozent) sowie Kartoffeln (plus 60 Prozent) ausgebaut werden.

Eine solch neue Agrarpolitik hat laut der «Vision Landwirtschaft» den Vorteil, dass sie Umwelt und Ressourcen schont - und damit eben die Versorgungssicherheit erhöht. Die Böden werden weniger belastet, und es gelangen weniger Gifte wie Nitrat und Ammoniak in den Umlauf. In Regionen wie Osteuropa sei es noch möglich, Lebensmittel ökologisch zu produzieren, betonen die Autoren; Importe von dort seien daher sinnvoll.

Ritter zeigt sich befremdet

Markus Ritter, Präsident des Bauernverbands und CVP-Nationalrat, zeigt sich in einer ersten Stellungnahme befremdet über die Befunde. Einen grundlegenden Denkfehler der Studie ortet Ritter in der

Annahme, Reserveflächen liessen sich in Notzeiten leichtens landwirtschaftlich nutzen: «Baut man nichts an, verliert der Boden Nährstoffe. Einen fruchtbaren Boden bekommen Sie nicht innerhalb eines Jahres hin.» Ritter betont überdies, dass heute schon 50 Prozent der Lebensmittel importiert würden. «Bei unserer rasch wachsenden Bevölkerung wäre es schon ein Erfolg», so der Bauernpräsident, «wenn der Anteil der selber produzierten Nahrung nicht noch weiter sinkt.»